



BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge

Nr. 102 · 21. März 2014

Karlsruher Industriegeschichte

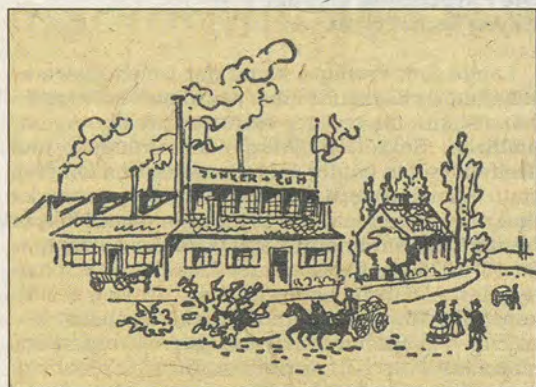
Die Firma Junker & Ruh von Manfred Fellhauer

Junker & Ruh zählt zu den Karlsruher industriellen Großunternehmen, deren Anfänge zum Beginn der Hochindustrialisierung in den 1860er Jahren zurückreichen. Der Betrieb war zugleich auch der erste, der den Wandlungsprozessen der industriellen Produktion am Ende der Zeit des Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg in Karlsruhe zum Opfer fiel.

Die Gründung im Jahr 1870

„Ich muss wirken, solange es Tag ist“ lautete der Wahlspruch des jungen Handwerksgehilfen Karl Junker, der 1862 nach Karlsruhe zur Nähmaschinenfabrik Haid & Neu kam. Schon 1868 ließ er sich als selbstständiger Handwerksmeister nieder und betrieb „als Spezialität die Fabrikation von Nähmaschinen“. Seine Werkstätte befand sich im Keller des Hauses seiner Schwiegereltern in der Sophienstraße. Aber schon bald trat mit August Ruh, der ein Stickereigeschäft betrieb und nebenbei amerikanische Singer-Nähmaschinen verkaufte, ein weiterer Konkurrent auf den Plan. Bei einer Gewerbesesse auf dem Karlsruher Schlossplatz lernten sich Karl Junker und August Ruh kennen, schlossen sich zusammen und gründeten am 1. Februar 1870 die Firma Junker & Ruh. Es war der Beginn einer erfolgreichen Unternehmensgeschichte. Karl Junker übernahm die technische, August Ruh die kaufmännische Leitung des Betriebs.

Bis 1870 haben 100 Nähmaschinen mit dem Namen Junker die kleine Fabrikationsstätte im Wohnhaus in der Sophienstraße verlassen, 1895 waren es bereits über eine halbe Million „Junker- & Ruh-Nähmaschinen“. In der wirtschaftlichen Hochkonjunktur nach dem gewonnenen Krieg von 1870/71 gegen Frankreich, hatten die mutigen Jungunternehmer 1872 ein 9200 Quadratmeter großes Gelände im Gewann Sommerstrich westlich der Maxaubahn und südlich der Sophienstraße erworben. Mit der Inbetriebnahme einer dort errichteten eigenen Gießerei machte sich das Unternehmen unabhängig von den Lieferungen von Gussteilen aus Frankreich und konnte zudem andere deutsche Nähmaschinenfabriken damit beliefern. Die erfolgreiche Produktionsausweitung verbunden mit dem Bau von weiteren Fabrikhallen zog eine stetige Zunahme der Beschäftigten nach sich, deren Zahl sich bis 1895 auf etwa 600 erhöhte. 1896 entstanden ein Emallierwerk für Öfen und Gasherde sowie der Frontbau ent-



Das Fabrikgelände an der Sophienstraße um 1880. Foto: Stadtarchiv

lang der Sophienstraße. Ein weiterer Neubau an der Lessingstraße erfolgte 1898.

Ausweitung der Produktpalette

Um 1879 leitete eine Anregung aus den Vereinigten Staaten einen neuen Abschnitt der Firmengeschichte ein. Karl Junker wurde von seinem in die USA ausgewanderten Bruder auf den Dauerbrandofen aufmerksam gemacht. Die Folge war die Entwicklung des „Junker- & Ruh-Cirkulations-Füllofens“, ein verbesserter Dauerbrandofen, dessen Herstellung 1895 bereits eine Stückzahl von 65 000 erreichte. Abnehmer fanden sich auf der ganzen Welt.

Ende des 19. Jahrhunderts verwendete man in Deutschland im Haushalt Gas nur zu Beleuchtungszwecken. Kochen mit Gas wurde als Luxus betrachtet. Die Entwicklung des „Patent-Doppel-Brenners“ durch Junker & Ruh bewirkte eine Revolutionierung in den deutschen Küchen. Die Wärme der Gasflamme konnte jetzt direkt auf den Kochtopf übertragen und mit Gas sparsam gekocht werden. Aus dem Gaskochapparat des Jahres 1893 wurde nach entsprechender technischer Weiterentwicklung der „Junker- & Ruh-Gasherde“. Ab 1904 begann die Produktion des Familiengasherdes, auf dem alle Speisen zubereitet werden konnten, die bislang nur mit Hilfe des Kohlenherdes hergestellt wurden. Die Produktionszahlen stiegen weiter, jedoch ließen die räumlichen Verhältnisse eine Erweiterung der Fabrik an der Sophienstraße nicht mehr zu.

Die neue Produktionsstätte an der Bannwaldallee

1910 erwarb Junker & Ruh, inzwischen standen die Söhne und Schwiegersöhne der Gründer in der Verantwortung, ein 46 000 Quadratmeter großes Gelände an der Bannwaldallee von der Gesellschaft für elektrische Industrie AG, die wesentlich am Bau des ersten Karlsruher Elektrizitätswerkes am Rheinhafen 1899/1900 beteiligt war. Hier entstand ein modernes Werk mit eigener Gießerei und Energiezentrale, dessen 63 m hoher Schornstein zum Wahrzeichen von Junker & Ruh und der Industriestadt Karlsruhe werden sollte. Emallieröfen und Werkzeugmaschinen standen jetzt in großen Hallen und hellen Arbeitsräumen, so die Firmenfestschrift von 1953. Heute wissen wir, wie menschenunfreundlich Fabrikhallen jener Zeit waren. 1912 erfolgte der Umzug der etwa 700 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Sophienstraße in die Siemensstraße 1, die 1951 in Junker- und Ruh-Straße umbenannt wurde. Vom Guss bis zur Fertigmontage wurde alles im eigenen Werk hergestellt. Technische Weiterentwicklungen führten zur Herstellung von Großkochgeräten und zu Sondergeräten wie Back- und Bratöfen, Grills, Kochkessel, Anrichten und Wärmeschränken. Die alte Fabrik wurde bis auf den Bau an der Sophienstraße abgerissen.

Zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte die Karlsruher Wirtschaft unvorbereitet getroffen. Erst als aufgrund des länger als erwartet andauernden Kriegs auf Kriegswirtschaft umgestellt wurde und zunehmend Frauen in reinen Männerberufen ein-

Fortsetzung Seite 2



1841 – 1934

Foto: Stadtarchiv

Anna Ettlinger

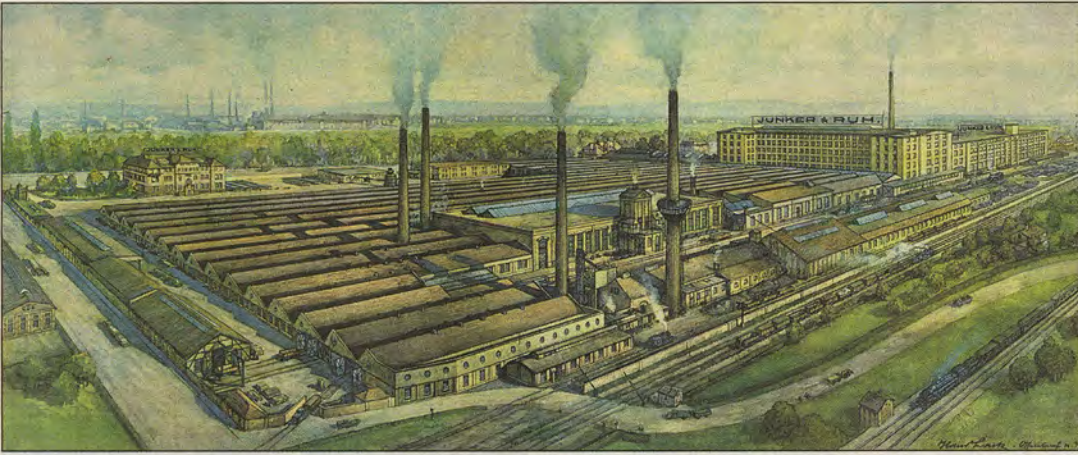
Sie lebte gegen die Konventionen ihrer Zeit: Einer von den Eltern angebahnten Ehe verweigerte sie sich, für ihren Lebensunterhalt sorgte sie selbst. Anna war eines von zehn Kindern des Rechtsanwalts Veit Ettlinger aus dessen zweiter Ehe. Ihr Vater gehörte zu den führenden Männern der Karlsruher jüdischen Gemeinde und wirkte als Gemeinderat 1849–1870 am Geschick der Stadt mit. In der bildungsbewussten, liberal geprägten und gastfreundlichen Atmosphäre des stattlichen Elternhauses in der Zähringerstraße 42 wuchs Anna Ettlinger auf.

Früh entwickelte sie „Lesehunger“, den sie in den häuslichen Bücherregalen und in der Hofbibliothek stillte. Ihrem Unterricht im Donaxschen Institut, später die Viktoriaschule, bescheinigte sie rückblickend Oberflächlichkeit. Umso wichtiger wurde für sie die von den Eltern geweckte Liebe zum Theater und zur Musik, sie spielte Klavier und sang im Chor des Cäcilienvereins wie des Philharmonischen Vereins. In den 1860er Jahren schloss sie Freundschaften mit den im Elternhaus verkehrenden Johannes Brahms, Clara Schumann, Karl Levi und Julius Allgeyer. Bei dem neuen Leiter des Karlsruher Gymnasiums, Professor Gustav Wendt, erhielt sie mit ihren Schwestern ab 1867 Unterricht in Literaturgeschichte. Von Januar bis Mai 1871 vertiefte sie ihre Studien durch Vorlesungen im Berliner Viktoria-Lyzeum und Anfang 1872 legte sie in Karlsruhe das Lehrerinnenexamen ab.

Zu dieser Zeit stand ihr Entschluss fest, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie blieb unverheiratet. Statt in der Schule zu unterrichten, begann sie nun, Kurse und Vorträge über Literatur und Musik zu halten und Kritiken zu veröffentlichen. Nach dem Tod des Vaters 1877 dehnte sie ihre Vortragstätigkeit weit über ihre nähere Heimat aus und trat bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs unter anderem in München, Hamburg, Antwerpen und Brüssel auf. Ihre eigenen Erfahrungen mit den als ungenügend empfundenen Bildungsmöglichkeiten für Mädchen machten sie zu einer entschiedenen Förderin des ersten deutschen Mädchengymnasiums in Karlsruhe. Gleichberechtigung aktiv fordernden Frauenrechtsorganisationen schloss sie sich jedoch nicht an, anerkannte aber später deren Notwendigkeit für den Emanzipationsprozess.

1921 ließ sie ihre Lebenserinnerungen drucken, die sie für die Familie verfasst hatte. Im Wesentlichen schöpfen wir aus ihnen unsere Kenntnis über sie und ihre weitverzweigte Familie. 2011 neu aufgelegt, erweist sie sich darin als emanzipierte Frau mit einem kritischen Blick auf Literatur und Musik aber auch politische Ereignisse ihrer Zeit. Zugleich bietet sie einen einzigartigen Blick auf das bürgerlich-kulturelle Leben in Karlsruhe zwischen 1850 und 1914. Anna Ettlinger starb 93-jährig in Karlsruhe, sie liegt auf dem jüdischen Friedhof begraben.

Manfred Koch



Das neue Fabrikgelände an der Siemensstraße (heute Junker-und-Ruh-Straße) 1920. Foto: Stadtarchiv

gesetzt wurden, entspannte sich die Lage. In geringem Maße profitierte Junker & Ruh von der Kriegsproduktion. Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai 1917 tätigte Junker & Ruh zum Beispiel Heereslieferungen, der größte Teil waren Waffenlieferungen, für 829 000 Mark.

Mit dem Verlust von Elsass-Lothringen nach dem Ersten Weltkrieg ging auch ein großes Absatzgebiet, insbesondere für Nähmaschinen verloren. Die Besetzung des Ruhrgebiets Anfang 1923 durch Frankreich, Deutschland war mit den im Versailler Vertrag auferlegten Reparationszahlungen in Verzug geraten, verschlechterte die wirtschaftliche Lage weiter. Die Banknotenpressen arbeiteten Tag und Nacht. Die schon zuvor schwache Mark sank ins Bodenlose. Erst mit Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 endete die Zeit der Inflation. Dennoch musste zum Beispiel Haid & Neu noch im Sommer 1924 die Produktion vorübergehend stilllegen, 1 800 Männer und 550 Frauen wurden arbeitslos. Bei Junker & Ruh war die Lage nicht so dramatisch, sicher eine Folge der mehrschichtigen Produktpalette.

Im Oktober 1926 berichtete das Arbeitsamt, dass die größten Karlsruher Unternehmen, zu denen auch Junker & Ruh gehörte, wegen der guten Auftragslage neues Personal einstellen würden. Die Belegschaft war in dem zwischenzeitlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmen auf 1 500 Arbeiter und Angestellte angewachsen. Der Schwerpunkt lag seit Jahren auf den Koch- und Heizgeräten. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929, die die Arbeitslosigkeit in Karlsruhe auf Rekordhöhe ansteigen ließ, gab Junker & Ruh 1930 die Herstellung von Nähmaschinen auf bzw. beschränkte sich auf die Herstellung einer Spezial-Schuhreparaturmaschine und nahm Elektroherde ins Produktionsprogramm auf. Die Firma nahm nun einen enormen Aufschwung mit großen Verkaufsniederlassungen in Hamburg, Köln, Berlin, München, Wien, Breslau, Paris und Rotterdam. Die Weltfirma Junker & Ruh produzierte außerdem in Werken in São Paulo, Mailand

und Turin sowie dem „Schwesterwerk“ in Graudenz an der Weichsel.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, anders als 1914 beim Ersten Weltkrieg, in Karlsruhe keine Begeisterungstürme hervorrief, veränderte die Arbeitsmarktlage schlagartig. Durch Einberufung zum Heeresdienst trat eine Verknappung an Arbeitskräften ein, wodurch lebenswichtige Betriebe und solche mit kriegswirtschaftlichen Aufgaben in Bedrängnis gerieten. Junker & Ruh bekam Ende 1939 zahlreiche Aufträge zur Lieferung von Großküchen an die Marine und Anfang 1941 einen Auftrag über 3 600 Öfen für Luftschutzräume und Baracken. Wie im Ersten Weltkrieg mussten auch jetzt wieder Waffen hergestellt werden. Dies erforderte einen hohen Bedarf an Arbeitskräften. Angesichts der immer größer werdenden Personalknappheit sahen sich die „Bedarfsbetriebe“ veranlasst, umfangreiche Anträge auf Zuteilung von „ausländischen Zivilarbeitern“ zu stellen. Am 30. Juni 1944 waren bei Junker & Ruh in Karlsruhe 1 729 Menschen beschäftigt, darunter 47 Kriegsgefangene und 330 Zwangsarbeiter.

Vom Neubeginn der Produktion zur Stilllegung

Die Luftangriffe der alliierten Streitkräfte im September 1942, im September und Dezember 1944, legten über die Hälfte des Werkes in Trümmer. Was übrig blieb, wurde zur vermeintlichen Rettung nach Thüringen geschafft, wo es der Sowjetunion in die Hände fiel. Die in Karlsruhe noch vorhandenen Werkseinrichtungen dienten den französischen Besatzungstruppen als Panzerreparaturwerkstätte oder wurden nach Frankreich abtransportiert. Die ausländischen Fabriken waren ebenso verloren wie die europäischen Vertriebsstellen. Nur 30 Arbeitnehmer waren 1945 in Karlsruhe noch verblieben. Der Wiederaufbau der Produktionsstätten dauerte bis 1953 und belastete das Unternehmen stark. Zwar gewann man mit innovativen Produkten wie dem vollgesicherten

Gasherd, der Sicherheit in die Küche brachte, der Dunst-Abzugshaube für die Küche, dem Elektroherd und Großkücheneinrichtungen neue Marktanteile und erschloss mit einem gefragten Elektroküchengeräteprogramm wie zum Beispiel dem Raumheizlüfter „Pustefix“ und einer Kaffeemühle mit automatischer Deckelverriegelung völlig neuen Märkte. Dennoch geriet Junker & Ruh 1954 in eine finanzielle Schieflage. „Massenentlassungen bei Junker & Ruh“ titelte die „Badischen Allgemeine Zeitung“ vom 2. Oktober 1954. 400 Arbeitnehmer erhielten mit der Lohntüte ihre Entlassung. Ursachen waren ein bisher nicht gekannter Preisdruck durch die immer stärker werdende Konkurrenz und eine unternehmerische Fehleinschätzung. Man hatte sich für die Sommersaison besonders stark auf das Propangas-Geschäft verlegt. Die außerordentlich ungünstigen Witterungsverhältnisse bewirkten aber, dass der Absatz dieser Geräte weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Erst 1959 gelang es der Firma, wieder Gewinne zu erzielen. 1961 wurde aus der Aktiengesellschaft wieder eine GmbH mit einem Kapital von vier Millionen, das 1964 auf 14 Millionen aufgestockt und von einer Frankfurter Bank und einem Münchener Unternehmen gehalten wurde.

Das weitere Schicksal der Firma Junker & Ruh ist ein besonders augenfälliges Beispiel des Strukturwandels der Wirtschaft, der in den 1960er Jahren einsetzte. Kleinbetriebe fielen dem Konkurrenzdruck zum Opfer und Großbetriebe unterlagen einem Konzentrationsprozess. Schon 1965 hatten die Brettener Neff-Werke, ein direkter Konkurrent, das nach wie vor ertragsarme Unternehmen Junker & Ruh mit etwa 1 600 Beschäftigten übernommen. Kurz darauf kam es wegen Änderungen der Akkordzeiten in der Gießerei zu wilden Streiks, die Firma stand kurz vor der Schließung. Da der neue Besitzer am Standort Karlsruhe keine Investitionen in neue, rentablere Fertigungsmethoden tätigen wollte, musste 1968 die Produktion in der ersten Rezessionsphase der deutschen Nachkriegswirtschaft endgültig eingestellt werden, „Tod in der ‚Tasohle‘“ lautete die Schlagzeile einer Zeitung. Aber auch die Firma Neff, die sehr hohe Verbindlichkeiten von Junker & Ruh übernommen hatte, geriet dadurch in Schwierigkeiten und musste Ende 1968 zur eigenen Rettung die Firma AEG als Mehrheitsgesellschaft akzeptieren.

Vom einstigen Motor der Karlsruher Industrie blieb ein riesiger Hallenkomplex, 320 m lang, 120 m breit, der 1975 in Schutt und Trümmer gelegt wurde. Nach mehrjährigen Bemühungen um den Verkauf des Geländes, in die auch die Stadt Karlsruhe eingebunden war, wird es heute von Metro Cash & Carry, einem der ersten Märkte Karlsruhes, in dem ausschließlich Gewerbetreibende Waren unterschiedlicher Art für ihren Geschäftsbedarf einkaufen können, der Deutschen Telekom und der Fa. Michelin genutzt. An das einst so stolze Unternehmen, das in seiner Blütezeit bis zu 3 000 Menschen beschäftigte, erinnert in Karlsruhe nur noch der Name Junker-und-Ruh-Straße und Junker-und-Ruh-Bücke.

„Mit vorgehaltenem Revolver ...“

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften 1933 von Jürgen Schuhladen-Krämer

Zu Beginn der Weimarer Republik konnten die Gewerkschaften ihre rechtliche Absicherung als Partner der Unternehmer sowie sozialpolitische Errungenschaften feiern. Diese wurden jedoch im Zeichen zunehmender Republikfeindlichkeit, von Wirtschaftskrisen sowie hoher Arbeitslosigkeit infrage gestellt und sukzessive ausgehebelt. Die Gewerkschaften gerieten dadurch zunehmend in die Defensive und die Mitgliederzahlen sanken dramatisch sowohl bei den freien sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften als auch bei den deutlich kleineren christlichen oder liberalen Vereinigungen. In Karlsruhe reduzierte sich zum Beispiel die Zahl der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) vom Höchststand 1922 mit 21 811 Mitgliedern auf 5 620 im Jahre 1932. Zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik trug auch bei, dass die beste-

hende Vielfalt weiter differenziert wurde durch die Bildung der der KPD nahestehenden „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) und der NSDAP-Gründung Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). Sie blieben zwar weitgehend erfolglos, bekämpften sich jedoch gegenseitig und den sozialdemokratisch beeinflussten Dachverband der freien Gewerkschaften, den ADGB.

Die Spaltung und Lähmung der Arbeiterbewegung verhinderte vor 1933 ein gemeinsames Vorgehen gegen die Aushöhlung der Republik durch die nationalsozialistisch-bürgerlich-konservativen Kräfte. Gleichwohl kann kein Zweifel darüber herrschen, dass die schnelle Errichtung der Diktatur und die Beseitigung von Freiheit und Demokratie ab dem Januar 1933 den nationalistischen und konservativen Gegnern und Feinden der Republik anzulasten ist.

Die Einrichtung eigener Gewerkschaftshäuser

Lange Zeit verfügte keine der freien Gewerkschaften in Karlsruhe über ein eigenes Gewerkschaftshaus, die meisten nicht einmal über hauptamtliche Sekretäre. Mitgliederbetreuung und Treffen fanden häufig in Nebensälen von Lokalen statt. Zuerst erwarb der vor Ort mitgliederstarke und dominierende DMV 1919 ein eigenes Haus in bester Lage am Friedrichsplatz, in der Lammstraße 15. 1926 kauften mehrere Einzelgewerkschaften des ADGB gemeinsam das Anwesen Schützenstraße 16, wie andernorts als „Volkshaus“ bezeichnet. Während im zweistöckigen Vorderhaus eine Gastwirtschaft vor allem für Mitglieder mit einer Wohnung für den Wirt eingerichtet wurde, entstanden im vierstöckigen Hinterhofgebäude – zuvor Lager für einen Uhrengroßhandel – Büro-

räume, ein Versammlungssaal sowie ein Schlaf- und Aufenthaltsraum für die seinerzeit zahlreichen Wanderarbeiter. Das dritte Gewerkschaftshaus, die ehemalige Fabrikantenvilla Reiß in der Gartenstraße 25, erwarb 1930 der mit dem ADGB kooperierende Zentralverband der Angestellten (ZdA). Darin hatte auch der Holzarbeiterverband sein Büro. Sonst konnten nur noch die Eisenbahnergewerkschaft und die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst ein eigenes Büro in der Rankestraße 26 beziehungsweise in der Sophienstraße 30 unterhalten.

Sturm der Gewerkschaftshäuser 1933

Der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart hatte am 31. Januar 1933 vorgegeben, „Organisation – nicht Demonstration ist das Gebot der Stunde.“ Doch auch die Ankündigung des ADGB zur politischen Neutralität im März bewahrte die Gewerkschaften nicht vor der Verfolgung. Bereits am 6. März 1933 wurde in Karlsruhe das „Volkshaus“ durchsucht und der Versammlungssaal blieb anschließend geschlossen. Während der 1. Mai 1933 von den Nationalsozialisten als „Tag der nationalen Arbeit“ auch in Karlsruhe als Feiertag mit einem zwangsweisen Massenaufmarsch der Betriebsbelegschaften inszeniert wurde, war das Ende der Gewerkschaften bereits beschlossen. Am 2. Mai 1933 begann ab 10 Uhr morgens generalstabsmäßig die Besetzung aller Gewerkschaftshäuser, von der NSDAP als „Gleichschaltung der Gewerkschaften“ bezeichnet. Der NSBO-Gauobmann führte am 2. Mai die Besetzung in Karlsruhe persönlich an. Der gerichtsnotorisch für „das Grobe“ bekannte Fritz Plattner, NSDAP-Mitglied seit 1923, war zwischen 1920 und 1922 Angestellter des „Christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes“ gewesen, ehe er wegen krimineller Machenschaften seine Stelle verlor.

Mit etwa 50 SA-Männern besetzte Plattner sämtliche Büros im „Volkshaus“, trieb die Gewerkschaftssekretäre und -angestellten in den Versammlungsraum. „Dort wurde eröffnet“, so schildert es Sekretär Leopold Karle später, „dass er mich, Karle, verhaften ließe. Ein SA-Mann wurde hinter mir aufgestellt. Ich bat um Telefonat mit meiner Frau, was Plattner ablehnte. Ich verabschiedete mich von meinen Kameraden: ‚Auf Wiedersehen, ich bin kein Verbrecher‘, darauf sagte Plattner, ich solle nicht so frech sein ...“ Max Wöner berichtete: „Mit vorgehaltenem Revolver kam Plattner zu mir. Ich wurde verhaftet und ins Amts-

gefängnis verbracht.“ Das DMV-Haus habe Plattner mit acht SA-Leuten besetzen lassen, „junge Burschen von 18 bis 21 Jahren“ wie der DMV-Sekretär Ferdinand Rausch überlieferte.

Anders als gleichgeschaltete „bürgerliche“ Institutionen wurden die Gewerkschaften aufgelöst, ihr Vermögen der am 10. Mai 1933 neu geschaffenen Zwangsvereinigung Deutsche Arbeitsfront (DAF) übereignet. Während die jüdische Stenotypistin beim DMV, Hermine Storch, am 2. Mai fristlos entlassen wurde, zwang Plattner die Gewerkschaftsangestellten ihre Arbeit bis zur Übernahme durch die DAF fortzusetzen. Plattner kam täglich ins Büro, fuchtelte mit dem Spazierstock herum, ließ Bilder abhängen und zerreißen. Einen besonderen Wutausbruch veranlasste der eingerahmte Aufruf der Vorläufigen Badischen Volksregierung vom 16. November 1918. Er schrie, es sei alles verlogen, was da drauf stehe. Die Angestellten drohten mit Einstellung ihrer Tätigkeit, woraufhin er mit sofortiger Verhaftung drohte. Bis Anfang Juli 1933 wurden alle Angestellten entlassen und erwerbslos. Das ehemalige „Volkshaus“ hieß fortan „Fritz Plattner-Haus“ der DAF, im DMV-Haus wurde die DAF-Kreisverwaltung eingerichtet und das Gewerkschaftshaus der Angestellten in der Gartenstraße nutzte später die Gestapo.

Verfolgung und Widerstand von Gewerkschaftern

Die schon im März offen demonstrierte brutale Verfolgung von Regimegegnern durch die neuen Machthaber setzte sich nach dem Verbot der Gewerkschaften fort. In „Schutzhaft“ kamen am 2. Mai 1933 Karl Bürkle, Sekretär des Zentralverbandes der Eisenbahner, für zwölf Tage und Leopold Karle, Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes, für 15 Tage. Der Kassierer des DMV, Wilhelm Nies, geriet für zwei Monate in „Schutzhaft“ und wurde 1939 abermals im KZ inhaftiert, aus dem er 1945 gesundheitlich schwer angeschlagen befreit wurde. Ebenfalls verhaftet bis zum nächsten Tag wurden die Sekretäre des Angestelltenverbandes Heinrich Häffner und Eugen Rothweiler sowie Max Wöner, Sekretär der Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst.

Nicht wie vorgesehen verhaftet werden konnte Gustav Schulenburg. Der gelernte Schlosser, engagiertes DMV- und SPD-Mitglied, wurde 1918 als „Deutscher“ aus dem wieder französisch gewordenen Elsass ausgewiesen und kam nach Karlsruhe. Hier stieg er rasch zum führenden Karlsruher Gewerkschaftsführer auf. 1933 war er unter anderem 1. Bevollmächtigter des DMV im Bezirk Karlsruhe und Vorsitzender des Ortskar-



Das Haus des deutschen Metallarbeiterverbandes (Vorläufer der IG Metall) am Friedrichsplatz um 1925. Fotos: Stadtarchiv

tells des ADGB. Obgleich er stets gegen die KPD und RGO vorging, bekämpfte er zuvörderst die Nazis „als die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft“ und der Demokratie. Am 2. Mai 1933 war Schulenburg bereits über die Schweiz in das Elsass geflüchtet. Dort wirkte er zeitweise auch für französische Gewerkschaften. 1937 engagierte er sich als Vorsitzender des von der Exil-KPD in Paris initiierten „Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschaftler“. Diese als antifaschistische Einheitsgewerkschaft gedachte Organisation sollte den Widerstand gegen die NS-Diktatur in Deutschland stärken. Wegen der kommunistischen Dominanz legte Schulenburg sein Amt schon 1938 nieder.

Nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich wurde er im Oktober 1940 in Colmar verhaftet. Nach zwei Jahren im Karlsruher Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er nach der Strafverbüßung im November 1944 durch die Gestapo in das KZ Dachau transportiert. Dort starb der gesundheitlich und psychisch schwer angeschlagene 70-Jährige am 20. Dezember 1944.

Den Widerstand von Gewerkschaftern, den Schulenburg und auch der 1933 aus Karlsruhe geflohene Gewerkschafter Karl Deck von Frankreich aus unterstützen wollten, gab es bis 1935/36 auch in Karlsruhe. Zumeist organisiert in kleinen Gruppen der nun illegalen KPD und SPD förderten Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam den Informationsaustausch, die Beschaffung bzw. Herstellung illegaler Flugschriften sowie Zeitungen und deren Verbreitung. Gustav Kappler, bis 1933 Leiter der RGO, hielt den organisatorischen Zusammenhalt der KPD bis zu seiner Verhaftung 1934 aufrecht. Zu längeren Haftstrafen verurteilt wurden unter anderem auch Wilhelm Belschner, Karl Seib, Richard Goldschmidt, Oskar Benneter, Adolf Schuler, Anton Zerr, August Jülg und Karl Konz. Nach dem Zusammenbruch der verbrecherischen NS-Herrschaft zählten sie zu denen, die sich beim Neubeginn der Gewerkschaftsbewegung engagierten und die Zersplitterung der Zeit vor 1933 überwinden wollten.



Gustav Schulenburg

„... befehlen wir, Zucht, Erbar- und Keuschheit zu befeißigen ...“

Zur markgräflichen Hofordnung 1750 von Leonhard Müller

„Wie Manches hätte ich Ihnen von so manchen kleinen Höfen, in Sonderheit von Karlsruhe zu schreiben, wo wir den besten Fürsten angetroffen, der vielleicht in Deutschland lebt“, so schrieb Johann Gottfried Herder, ein Kritiker der erblichen Monarchie, nach seinem Besuch am Oberrhein. Dies mag sich auf viel spätere Maßnahmen des aufgeklärten Markgrafen beziehen, spiegelt aber auch insgesamt den Geist seiner Ära. Die Hofordnung kann darum als eine Quelle für jene Haltung dienen, die über den Hof hinaus auch die Stadt Karlsruhe, ja die Markgrafschaft prägte.

Solche Hofordnungen gab es seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, da sich in Westeuropa, in Deutschland in den aufsteigenden Territorien die

Landesherrn bald ein eigenes Zentrum einrichteten, das im straff strukturierten Absolutismus nicht nur Kern der Administration, sondern mit einer Heerschar von Adligen und Hofdienern in Pracht den Glanz des Souveräns manifestierte. Viele deutsche Höfe versuchten ein wenig an solchem Glanz Teil zu haben; nicht so in Karlsruhe, dessen Hof man später quasi eine „bürgerliche“ Note gab. So muss man auf jenen Markgrafen zurückblicken, der diesem Hof vorstand.

Carl Friedrich 1728 – 1811

1728 geboren, verlor der Enkel des Stadtgründers Carl Wilhelm bald seinen Vater, die Mutter

war psychisch krank, und so wurde er von einem Vormund und seiner strengen Großmutter Magdalena von Würtemberg in tiefer Religiosität des evangelischen Glaubens erzogen. Eine Studienzeit an der protestantischen Akademie in Lausanne formte ihn, bis er sich auf ausgedehnte Bildungsreisen durch verschiedene Staaten mit ihren Höfen begab, das aber nicht ohne verschiedenen Amouren und vor allem dem Glücksspiel zu frönen.

Das sollte anders werden, als er 1746 vom Kaiser für volljährig erklärt wurde und der Achtzehnjährige nicht ohne Zögern die Herrschaft übernehmen sollte. Auch bei der Heirat mit Caroline Luise von Hessen-Darmstadt, die bald ein Glücks-

fall für sein Leben und auch für die Markgrafschaft werden sollte, zögerte er.

Die Hofordnung

Die Hofordnung spiegelt in ihren 61 Bestimmungen Prinzipien wider, die schon zuvor deklariert worden waren, die aber nun mit ihrem besonderen Akzent den Regierungsstil des jungen Fürsten dokumentierten. So beginnt die Hofordnung mit einer „Vermahnung zu allem Guten“: „Wir wollen und befehlen demnach, dass unsre Fürstlichen Diener und Hof-Gesind, Niemand ausgenommen, sich aller Gotteslästerung, auch ärgerlich und schändlichen Reden und Geberden, dazu des übermäßigen Zutrinkens, als auch welchem Laster allerhand Uebel und Gottes Straf entspringen, gänzlich enthalten, darneben alle Sonntag und zu andern Festzeiten, desgleichen bey denen Betstunden, so viel es immer seyn kan, fleißig in der Kirch erscheinen.“

Hier demonstriert sich das Ethos eines Fürsten, auf der Evangelisch-Augsburgischen Confession fußend, der mit dem religiösen Verantwortungsbewusstsein seiner Stellung als Haupt der Kirche, eingesetzt von Gottes Gnaden, sein Volk zu führen hat, am Hofe für die Adligen wie die Bediensteten, die evangelisch sein sollten. Als 1771 die beiden Markgrafschaften Baden Durlach und das katholische Baden-Baden vereinigt wurden, war Toleranz des katholischen Glaubens nun unabdingbar geworden.

Im Andenken an die Glaubenszucht seiner strengen Großmutter enthält die Hofordnung viele Maßnahmen, die den Alltag bestimmten, so zum Beispiel dass man während der Predigt nicht spazieren gehe, auch nicht „die Zeit mit Schwätzen zubringen, sondern dem Gottes-Dienst von Anfang bis Ende andächtig beywohnen“ solle.

Der „Burgfrieden“ war oberstes Gebot, Duell streng verboten, für Streitigkeiten war der Hofmarschall zuständig, der im Namen des Fürsten Richter in erster Instanz war und einen einflussreichen Posten einnahm.

Nicht weniger entschieden klingt die „Vermahnung zum sechsten Göttlichen Gebot“. „Demnächst befehlen wir ebenmäßig, sich gebührender Zucht, Erbar- und Keuschheit solcher Enden, sonderlich gegen Weibs-Personen, mit Worten, Geberden, vorderist aber mit Werken und Thaten



Thronfolger Carl Friedrich 1746. Foto: Stadtarchiv

zu befehligen, sollte sich aber, wider Versehen, begeben, dass Jemand ... vorab mit Personen, so um Frauenzimmer bedientet, in Ehebruch oder Unzucht, Verführ- oder Verkuppelung und dergleichen Laster sich vergreifen würde, gegen Den- oder Dieselbe wollen Wir die in Unserer Constitution und Satzung ... verordneten Strafen schärfen.“

Grund für menschliches Vergehen sei das immer wieder zitierte „unnötig Gesäuf“ oder das Kartenspiel, freilich nur für die Bediensteten, nicht für die „Cavaliers“. Verboten war „alles Tabac-Rauchen in sämtlichen Unseren Häusern“, für die Hofdiener „unnöthiges Disputieren“. „Welcher sich mit Geschwätz und Geschrey unzüchtig oder mit Vollaufen, Fluchen oder sonsten ungebührlich zeigt“, erhält gebührende Strafen.

Strenge Regeln galten auch den Tischsitten für den Adel: pünktliches Erscheinen, Platznehmen nach einer Sitzordnung, nicht vorzeitig mit Trinken anfangen, nicht vorzeitig die Tafel verlassen, bis der Markgraf sie aufhebt und dann zur Aufwartung bereit sein.

Es wurde sparsam gewirtschaftet. Keinen Fremden soll man „zu den Mahlzeiten führen“, Kinder der Bediensteten haben nichts zu suchen, auch keine Hunde. Die „Abgabe Brod, Thé, Caffée, Zucker und Lichter“ wird präzise berechnet wie auch der „Abtrag der Speisen“. Diese Tafelreste wurden an „arme und bedürftige Personen abgegeben.“ Immer wieder endet eine der „Vermahnungen bey Straf und Gefängniß“, wenn die Zucht nicht eingehalten wird, denn ein tragender Gedanke findet sich unter der Ziffer 50: „Es sollen sich auch Unsere Hof-Bediente gegen Unser Unterthanen ... allergeziemender Bescheidenheit befehligen, des Zanckens und Haderns sich müßigen, noch sich dessen, dass sie in Unseren Diensten stehen, zu einigem Anlaß dienen lassen, Andere zu verachten oder grob zu tractieren“.

Der Hof soll Vorbild sein in seiner christlichen Haltung, in Bildung, Moral und Gesetzestreue, als ein Entwurf, den Carl Friedrich 1764 noch einmal in einer Liste fixiert, wie man einen Staat gut regieren soll, ein Musterbeispiel für den aufgeklärten Monarchen, der sein Volk zur Sitte und Ordnung führen will. Eine Zeit schrecklicher Kriege am Oberrhein lag hinter ihm, der Wiederaufbau einer ruinierten Kulturlandschaft dauerte lang, Sicherheit und Zuversicht verlangte die Bevölkerung.

Ohne Makel, ohne Willkür der Macht, ohne militärischem Kult wollte Carl Friedrich regieren, mit soliden Finanzen, sozialen Reformen und blühender Wirtschaft zum „glücklichsten und best eingerichteten Staat der Welt“ hinführen, wie der „Sturm-und-Drang“ Dichter Christian Schubart ihn charakterisierte, freilich unter monarchischem Patriarchat. So ist die Hofordnung eine Quelle für das große Ganze, das auch das spätere Großherzogtum Baden unter Friedrich I. bestimmen sollte.

Der vollständige Text der Hofordnung von 1750 ist veröffentlicht in: Veronika Bunk: Karlsruhe – Friedenstein. Family, cosmopolitanism and political culture at the courts of Baden and Sachsen-Gotha-Altenburg (1750 – 1790), Stuttgart 2011, S. 215-234.

Carlsruher Blickpunkte

Gedenktafel für einen Geographen von Manfred Koch

Anfang Juni 1927 tagte der Kongress der deutschen Geographen in Karlsruhe. Aus diesem Anlass organisierte die Stadtverwaltung eine große geographische Schau in der städtischen Ausstellungshalle. Sie ließ zudem in der damaligen Lange Straße (heute Kaiserstraße) 123 eine Gedenktafel anbringen, die einem Mann gewidmet war, der das Fach Geographie maßgeblich beeinflusst hat. Dort nämlich wurde am 30. August 1844 Friedrich Ratzel in einem eingeschossigen Haus mit Mansarddach geboren. Die Tafel fand ihren Platz an dem mehrgeschossigen Nachfolgebau.

Ratzel war der dritte Sohn eines Kammerdieners am großherzoglichen Hof. Seine 14 Kinderjahre verbrachte er nach seinen Erinnerungen glücklich und mit früh erwachtem Interesse an der Natur mit ausgedehnten Wanderungen in der Umgebung der Stadt. Nach dem Schulbesuch folgte eine Ausbildung zum Pharmazeuten in Eichtersheim im Kraichgau. Ein Studium konnten die Eltern nur ihrem Ältesten finanzieren, der es zum Professor an der Karlsruher Kunstgewerbeschule brachte. Nur kurz bis 1865 arbeitete Ratzel u. a. in Zürich als Apotheker und holte dann 1866 in Karlsruhe das Abitur nach, um anschließend in Karlsruhe und Heidelberg Zoologie und Geologie zu studieren. Nach der rasch erfolgten Promotion 1868 in Hei-

delberg begab er sich auf eine Studienreise nach Südfrankreich und schrieb zur Verbesserung seiner Reiseberichte darüber für die „Kölnische Zeitung“. Deren großer Erfolg machten ihn zum Reiseschriftsteller, der Siebenbürgen, Ungarn, den Alpenraum, Italien, die USA, Mexiko und Kuba bereiste, nur unterbrochen durch den Krieg 1870/71, in dem er als Kriegsfreiwilliger schwerer verletzt wurde. Die Beobachtungen und Eindrücke dieser Reisen flossen später in seine wissenschaftlichen Arbeiten ein. Mit der Habilitation 1875 an der TH München begann seine Karriere als Geograph zunächst als Professor in München und ab 1886 in Leipzig.

Die enorme Zahl von etwa 1300 Veröffentlichungen und das darin ersichtliche breite Interesse Ratzels erschweren eine klare Einordnung seiner wissenschaftlichen Leistung. Einhellig gilt er jedoch als Begründer der Anthro- oder Human-Geographie und der Politischen Geographie. In seinen teils mehrbändigen und in mehreren Auflagen erschienenen Veröffentlichungen „Völkerkunde“, „Anthro-Geographie“ und „Politische Geographie“ befasste er sich mit der Wechselwirkung zwischen geographischem Raum und menschlichem Handeln, den Wanderungsbewegungen von Völkern und dem kulturellen Aus-



Foto: Stadtarchiv

tausch. In seinen geopolitischen Untersuchungen, darin sah das „Karlsruher Tagblatt“ vom 7. Juni 1927 seine zukunftsweisende Wirkung, ging Ratzel den Ursachen und Bedingungen für das Wachsen und Schrumpfen von Staaten nach. Der Wissenschaftler engagierte sich auch politisch als Mitbegründer des „Alldeutschen Verbandes“, im „Verein für Flottenpolitik“ und in der „deutschen Kolonialgesellschaft“, die allesamt für eine expansionistische deutsche Weltpolitik eintraten.

In einer „biogeographischen Studie“ von 1901 prägte er den Begriff „Lebensraum“. Diesen machten sich die Nazis allen voran Hitler in „Mein Kampf“ für ihre Forderungen nach „Lebensraum für das deutsche Volk“ zu Eigen. Die Verzerrungen seiner keineswegs kriegerischen Ideen durch die Nazis hat Ratzel nicht mehr erlebt. Er starb 60-jährig 1904 in seinem Feriendomizil am Ammersee.

Herausgeber/Redaktion: Dr. Manfred Koch
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online ab Nr. 61/2003
unter: www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/ausgaben.de